

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

Nr. 45

Hannover, 13. Dezember 1946
Blatt 1

Den Blick nach vorn

F. S. In den Betrachtungen, die im Ausland zu der Fahrt der Delegation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nach Großbritannien während und nun nach der Expedition angestellt werden, herrscht wenigstens über die Tatsache überwiegend Klarheit, daß Schumacher und seine Freunde auf Einladung der Labour-Party nach England reisten und daß sie nicht eine offizielle oder auch nur offiziöse Gesandtschaft einer irgendwie organisierten deutschen Instanz waren. Daß die deutschen Sozialdemokraten in England als Sprecher Gesamtdeutschlands wirkten, war eine Folge des Gewichts der deutschen Argumente, der fortgeschrittenen britischen Einsicht in die wirkliche Lage des Landes und nicht zuletzt ein Zeichen der Identität der sozialdemokratischen Auffassungen mit den echten deutschen Interessen. Der Englandbesuch war mithin kein Staatsakt und von beiden Seiten, Gastgebern und Gästen, war niemand legitimiert zu Verhandlungen oder gar Absprachen. Dennoch wurde er ein wichtiges Moment in der Entwicklung, die zu einer Klärung der deutschen Frage führen muß. Eben weil das Deutschlandproblem kein nationalstaatliches, sondern in internationales ist, darum waren zu allererst Sozialdemokraten berufen, es öffentlich zu diskutieren, denen man wahrhaftig keinen Nationalismus nachsagen kann, solange man Anspruch darauf erhebt, ernst genommen zu werden. Darum war es auch nötig, daß die öffentliche Meinung in der Welt eindrucksvoll erfährt, daß diese größte deutsche Partei und die durch sie verkörperte und in ihr zusammengefaßte stärkste politische Potenz Deutschlands ihre entscheidende Aufgabe darin sieht, Deutschland aus der Isolierung herauszubringen und es als nützliches Glied an die Völkergemeinschaft anzuschließen.

In den Erklärungen, die der Vorsitzende der Partei als Sprecher der Delegation nach deren Rückkehr vor der deutschen Presse abgab, hat er besonders die französischen Einwendungen herangezogen, die in London

offiziell gegen den Empfang der Deutschen erhoben worden waren. Schumacher nannte die französischen Besorgnisse geschichtlich erklärlich, und er betonte, daß er verstehe, was die Franzosen in den letzten Tagen bewegt habe. Er schlug vor, den Blick nach vorwärts und nicht mehr in die Vergangenheit zu richten. Nach Überwindung der durch den Krieg erhitzten Atmosphäre wird, so ist zu hoffen, eine günstigere Voraussetzung für die unumgänglich notwendige deutsch-französische Verständigung, für eine Verständigung aller Völker der Erde gegeben sein. Dies und dies allein war der Sinn der Englandreise, ein solches politisches Klima vorzubereiten.

Sie gewann durch den Beschluß der Außenminister der vier Großmächte, die Deutschlandfrage nun endgültig am 10. März in Moskau in Angriff zu nehmen, besondere Bedeutung. Man muß festhalten: dieser Beschluß wurde gefaßt, als die deutschen Sozialdemokraten gerade im Begriff waren, England zu verlassen. Es besteht also (und selbstverständlich) kein Zusammenhang zwischen dem Besuch und dem Beschluß, ebenso wie kein Zusammenhang zu einer Reihe von Maßnahmen oder Ankündigungen herzustellen ist, die in den gleichen Tagen bekannt und von der britischen Regierung getroffen wurden, um manche Besserung in der Lage in Deutschland herbeizuführen. Dennoch ist es nicht zu übersehen, daß persönliche Gespräche, wie sie von allen Mitgliedern der Delegation mit einer erfreulich großen Zahl einflußreicher britischer Politiker in London geführt wurden, das Material für eine zutreffende Beurteilung der wirklichen Lage zu liefern vermögen. Wenn der Friede in Europa und in der Welt, der noch zu schließen ist, wirklich besser werden soll als jeder andere vorher, wie Bevin kürzlich voller Optimismus und Glauben sagte, dann ist es erforderlich, daß bei denen, die ihn abschließen werden, die Erkenntnis über die Bedingungen und Voraussetzungen des Zusammenwirkens und Zusammenlebens der Völker so umfassend und gründlich wie nur möglich ist. Die unmittelbare Begegnung von Mensch zu Mensch, das persönliche Vertrauen zueinander, der Glaube an die Aufrichtigkeit des anderen und an die Zuverlässigkeit seiner Darstellungen und Zeugnisse ebnen den Weg zu dem Ziel, einen Frieden von Dauer und ohne Ressentiments zu schaffen.

Mit den Sozialdemokraten, die in England nichts anderes sprachen und taten als sie in Deutschland seit dem Wiederbeginn ihrer legalen politischen Tätigkeit zu tun und zu sprechen pflegten, kamen zum ersten Male von einem erhöhten Podest aus Männer zu Wort, die aktiv gegen Hitler und sein System gekämpft haben. Sie repräsentieren ein Deutschland, das freilich in der Welt noch darum ringen muß, daß es richtig erkannt werde. Die Einladung der Labour-Party hat dazu beigetragen, daß die Welt das Gesicht des neuen Deutschlands im strahlen Licht aktueller politischer Probleme sah. Je häufiger Gelegenheit besteht, in direkter Aussprache unmittelbare Fragen aufzugreifen, desto leichter ist eine befriedigende Lösung zu erreichen, an der alle Völker dieses Kontinents ein lebenswichtiges Interesse haben.

Amerikas neuer Weg
von Friedrich Stampfer-New York.

Wir weisen auf diesen Beitrag
besonders nachdrücklich hin.
(Redaktion)

Die allgemeine Meinung über die Bedeutung des Wahlsiegs der Republikaner geht dahin, daß sich in der amerikanischen Innenpolitik vieles ändern wird, in der Außenpolitik wenig. So scheint es allerdings, wenn man das Augenblicksbild, das der Wahlkampf geboten hat, auf die Zukunft überträgt. Die Republikaner haben alles in Grund und Boden verdammt, was einem Eingriff des Staates in die Wirtschaft ähnlich sieht; andererseits haben sie sich über die Passivität der Regierung bei großen Streiks scharf mißbilligend geäußert. Wenn sie aber an der Macht sind, wird auch für sie manches ganz anders ausschauen; sie werden sich denselben sachlichen Entwicklungen und Zwangsläufigkeiten gegenüber sehen wie die Demokraten zuvor. Ob sie dann andere Folgerungen ziehen werden, bleibt abzuwarten. Das gilt insbesondere in der Richtung der vielfach prophezeiten gewerkschaftsfeindlichen Gesetzgebung. Da die Republikaner auch bei der Präsidentenwahl in zwei Jahren siegen wollen, werden sie schwerlich einen Kurs einschlagen, der 14 Millionen organisierte Arbeiter in das gegnerische Lager treibt. Gesetze, die in diese Richtung gehen, würden auf das Veto des demokratischen Präsidenten stoßen und könnten so seiner Popularität einen frischen Auftrieb geben. Darum werden die Republikaner schwerlich so weitgehende Streikgesetze machen, daß sie die Gewerkschaften in geschlossener Front gegen sich hätten.

Ähnliches gilt von den noch bestehenden Resten der Kriegswirtschaft, wie z.B. dem Verbot, die Mieten zu erhöhen. Wir haben in Deutschland nach dem ersten Weltkrieg alle diese Schwierigkeiten in noch viel schärferer Form erlebt und wissen aus Erfahrung, daß laute Kritiker oft recht stumm und bescheiden werden, wenn sie vor die Verantwortung gestellt sind. Auch in Amerika mag sich der Unterschied zwischen republikanischer und demokratischer Innenpolitik als geringer erweisen, als er während des Wahlkampfes zu sein schien.

Mit der Außenpolitik aber mag es umgekehrt sein. Aus der Tatsache, daß es im Augenblick keine Meinungskämpfe um sie gegeben hat, wird man nicht schließen dürfen, daß es für sie gleichgültig ist, ob Demokraten oder Republikaner regieren. Bis zu einem gewissen Grade ist ja schon die jetzige Außenpolitik, besonders für Deutschland, von der republikanischen Kritik beeinflusst. Es war eine republikanische Gruppe des Senats, die von Anfang an mehr Mäßigung gegenüber Deutschland und mehr Festigkeit gegenüber Rußland verlangte, und heute steht der Demokrat Byrnes in dieser Beziehung den Republikanern Vandenberg und Foster Dulles viel näher als den Demokraten Morgenthau und Wallace. Eine Politik des blinden Hasses und der blinden Liebe liegt den Republikanern nicht. Ob aber noch viel von dem abgewendet werden kann, was heute als unentrinnbares Verhängnis für Deutschland erscheint, muß abgewartet werden. Zu übertriebenem Optimismus besteht kein Anlaß.

Fanaticher Haß gegen das deutsche Volk ist bei den Republikanern kaum anzutreffen. Dagegen findet man bei vielen von ihnen eine unüberwindliche Abneigung gegen alles, was nur entfernt nach Sozialismus aussieht. Diese Leute sehen in dem ungeheuren Reichtum und der herrlichen staatsbürgerlichen Freiheit Amerikas eine Auswirkung des kapitalistischen Systems und leiten daraus seine Allgemeingültigkeit für die ganze Welt ab. Als Liberale alten Schlages wittern sie hinter jedem staatlichen Eingriff in die Wirtschaft eine Gefahr für die persönliche Freiheit.

Gewinnt diese Richtung die Oberhand, so kann das auf die Beziehungen zu England und auch zu einem künftigen sozialdemokratischen Deutschland störend wirken. Ja, es kann ein Wiederaufleben des Isolationismus zur Folge haben, da ja ein von der Allgemeingültigkeit kapitalistischer Grundsätze überzeugtes Amerika tatsächlich isoliert in der Welt dastünde. Darum wird es von größter Wichtigkeit sein, der amerikanischen Welt klar zu machen, daß es in Europa viel weniger um den Kampf zwischen Sozialismus und Kapitalismus geht, als um die Erhaltung der demokratischen Freiheit innerhalb einer zwangsläufig sozialistisch werdenden Wirtschaftsordnung. Eine deutsche Politik, die das mächtige Amerika als Faktor in ihre Berechnungen einstellt, wird darauf bedacht sein müssen, den klaren Unterschied zwischen demokratischem und totalitärem Sozialismus - der in unseren Augen überhaupt kein Sozialismus ist - nicht verwischen zu lassen.

Vincent Auriol

Parteiführer - Präsident der Nationalversammlung - Präsident der Republik, das war im Frankreich der Dritten Republik im allgemeinen der Werdegang des französischen Staatsoberhauptes. Wenn die Vierte Republik an dieser Tradition festhält, so hat bei der kommenden Wahl Vincent Auriol die größten Aussichten, als ihr erster Präsident ins neu hergerichtete und durch zwei hochfeine Badezimmer bereicherte Palais Elysée einzuziehen.

Der jetzt 62-jährige Bäckermeistersohn ist von Jugend auf glühender Sozialist und seit Jahrzehnten einer der markantesten und geachtetsten Köpfe der sozialistischen Partei Frankreichs. Schon kurze Zeit nach Abschluß seines juristischen Studiums an der Universität Toulouse griff Vincent Auriol aktiv in den politischen Kampf ein. 1910 übernahm der temperamentvolle, ideenreiche junge Rechtsanwalt die Chefredaktion des "Midi-Socialiste", vier Jahre später hielt er seinen Einzug in der Chambre des Députés, wo er sich als geistreicher und glänzender Redner sehr schnell in den Vordergrund schob. 1925 wählte man ihn zum Bürgermeister in dem kleinen, idyllischen Garonnestädtchen Muret, das er 1914 nach seiner Verheiratung als seine Wahlheimat ausgesucht hatte, und 1927 berief Léon Blum den inzwischen zum Generalsekretär der sozialistischen Gruppe im Parlament und Präsidenten der Finanzkommission avancierten Südfranzosen als Finanzminister in sein Volksfront-Kabinett.

Vincent Auriol bemühte sich mit der ihm eigenen Energie und Leidenschaft um einen Ausgleich des Milliardendefizits im Staatshaushalt durch eine neue Staffelung der Einkommenssteuer und Reorganisation der Bank von Frankreich, stieß aber mit seinen Plänen auf scharfen Widerstand. Als er schließlich, in der Hoffnung, das im ganzen Lande gehortete Geld herauszulocken, eine neue Anleihe auflegte, warf man ihm vor, eine verschleierte Inflation heraufzubeschwören, ein Vorwurf, der allerdings durch nichts begründet war. Nach dem Sturz Blums wurde Vincent Auriol im nachfolgenden Kabinett Chautemps durch den späteren Außenminister Bonnet als Finanzminister ersetzt, er blieb indessen als Justizminister weiter in der Regierung.

Im September 1940, nach der Besetzung Frankreichs durch die deutschen Truppen, teilte Vincent Auriol das Los so vieler seiner Parteifreunde. Er wurde verhaftet und in Pellevoise interniert. Einige Monate später durfte er wieder nach Muret zurück, blieb aber unter strenger Bewachung. 1942 brachte er es jedoch fertig, vor den Augen seiner Bewacher im Flugzeug nach London zu emigrieren. Nach der Befreiung Frankreichs holte General de Gaulle den erfahrenen Politiker auf die politische Bühne zurück. Er trat als Minister ohne Portefeuille ins Kabinett de Gaulle ein, wurde im Januar 1946 zum Präsidenten der Konstituierenden Nationalversammlung

ung gewählt und bewährte sich auf diesem, viel Geschick und Anpassungs-
vermögen erfordernden Posten so, daß er nach der Wahl der neuen französi-
schen Nationalversammlung einstimmig wieder zu ihrem Präsidenten gewählt
wurde.

Wie Léon Blum dieser Tage im "Populaire" schrieb, hat Vincent Auriol
in dieser Eigenschaft mit den Vorkriegsbräuchen gebrochen und seine Rolle
mit neuen Ideen erfüllt. "Er begnügt sich nicht damit, die Debatten un-
parteiisch und mit fester Hand zu lenken, er macht es sich auch zur
Pflicht, die Initiative zu ergreifen, wenn er es für notwendig erachtet,
um die Aufgaben der Nationalversammlung zu einem guten Ende zu führen".
So ist es zweifellos auch in erster Linie das Verdienst des sozialisti-
schen Vincent Auriol, wenn Frankreich jetzt endlich wieder, nachdem Thorez
und Bidault als Kandidaten abgelehnt wurden, in Léon Blum, seinem alten
Freunde, einen neuen Ministerpräsidenten bekommen hat. Diese Gabe Vincent
Auriols, zwischen den einzelnen Parteien zu vermitteln und die Fäden in
ihrer Hand zu behalten, hat seine Anwartschaft auf den Posten des Präsiden-
ten der Republik so stark in den Vordergrund gerückt. (b/B10/1112/1/hs)

Die auf die Bonzen schimpften.....

Es ist gelungen, wenige Exemplare von Reichshaushaltsplänen in der
nationalsozialistischen Epoche vor der Zerstörung zu retten und von einer
Reihe von Finanzbeamten Aufzeichnungen über die wichtigsten Vorgänge
im Reichsfinanzministerium und in dem Sonderfinanzamt der Parteiführer
zu erhalten. In einer im Unionsverlag in Berlin von Karl Brammer heraus-
gegebenen Broschüre "So lebten sie - 700 Milliarden Hitlerschulden" wird
auf Grund solcher Unterlagen Material über die Verschwendung der ver-
flissenen Nazigrößen veröffentlicht, das einem buchstäblich den Atem ver-
schlägt. Die Fülle des Gebotenen ist in diesem kurzen Rahmen kaum aus-
reichend anzudeuten, geschweige denn wiederzugeben. Einige wenige Stich-
proben mögen genügen. Zuvor jedoch ein Zitat aus der Hitler-Erklärung
vom 11. Februar 1933:

Er selbst:

"Deutsches Volk, gib uns vier Jahre Zeit, und dann richtet und ur-
teilt über uns und ich schwöre hier: So wie ich hier in mein Amt ein-
trete, so will ich dann wieder gehen - ich tue es nicht um Gehalt und
Lohn, ich tue es um des Volkes willen."

Hitler war nicht nur der größte Zerstörer, er war auch der größte
Verschwender aller Zeiten. Hier ist die Bilanz: Insgesamt wurden im
Haushalt des Führers und Reichskanzlers, der die persönlichen und sach-
lichen Kosten für ihn und seine Verwaltung enthält, für das Rechnungs-
jahr 1942 rund 460 Millionen RM und für das Jahr 1945 383 Millionen RM
angefordert, das sind in zwei Jahren 843 Millionen RM. Das ist keine
Übertreibung, sondern das ist alles urkundlich schwarz auf weiß nachge-
wiesen.

Sein Palatin:

Im Jahre 1941 wurden aus Reichsmitteln lediglich für den Neubau
einer Umgehungsstraße um den Wuckersee einschließlich eines Straßenzuges
am Waldhof sowie für teilweise Verbreiterung der Straße von Karinhall
zum Werbellinsee ein Betrag von 400.000 RM und für die Schaffung einer
Zufahrtsstraße einschließlich gärtnerischer "Umgestaltung und Erweiterung
der Parkanlagen" die Kleinigkeit von 662.000 RM gezahlt,

Die Verwaltung einer so pompösen Anlage verursacht naturgemäß hohe
Kosten. Die eigentlichen Verwaltungskosten trug wiederum der preußische
Staat. Das Reich zahlte auch hierzu einen jährlichen Zuschuß, der z.B.
im Jahre 1941 375.000 RM betrug. Auch 1943 mußten dafür 370.000 RM ge-
zahlt werden.

In der Begründung zu dieser Forderung heißt es: Der Beauftragte für den Vierjahresplan übt während eines großen Teiles des Jahres seine Dienstätigkeit im Waldhof Karinhall aus.

Der schäbige Rest Herr von Ribbentrop, der Kriegsgewinnler Goebbels, die Herren Gauleiter, der Reichstag "der teuerste Gesangverein der Welt" ist eine wahrhaft erlauchte Galerie, die hier in ihrer frederizianischen Schlichtheit vor uns auftaucht. Der Bauwahnsinn, der Milliarden verschlang, das Kapital für Sonderzüge (1943 Sonderzug für Rosenberg 540.000 RM), die Dotationen in Höhe von einer lumpigen halben Milliarde, die Kette der skandalösen Vorgänge, der Sumpf an Korruption, Prasserei und grenzenlose Verschwendung sind geradezu unheimlich. Man wünscht diese kleine Schrift in die Hände von Millionen, die jetzt in kümmerlichster Armut ein Hungerdasein führen und sich jetzt schon wieder leider Gottes gegen eine unterirdische Nazi-Renaissance zur Wehr setzen müssen.
(m/1/1312/1/hs)

Politisches Strandgut unerwünscht

Als jüngst die Deportationen deutscher Arbeiter nach der Sowjetunion einsetzten, machte sich in den Grenzbezirken der britisch-sowjetischen Zone ein nicht unerheblicher Menschenzustrom, hauptsächlich gelernter Spezialarbeiter, bemerkbar. Ein menschlich durchaus verständlicher Vorgang. Es ist nicht jedermanns Sache, für ungewisse Zeit in ein ungewisses Schicksal zu gehen. Aber diesem Zug der Zeit folgten auch Elemente, denen aus anderen leicht erklärlichen Gründen in der sowjetischen Zone der Boden unter den Füßen zu heiß zu werden begann und die eine günstige Konjunktur zur Fortführung ihres ebenso unnützen wie anmaßenden Lebenswandels auszunutzen beabsichtigten.

So tauchten jüngst in einem Zonengrenzdorf des Oberhärzes ein Chemiker, ein Techniker und ein Ingenieur auf, die angeblich mit der Herstellung von V-Waffen beschäftigt und zur Deportation nach Rußland vorgesehen gewesen seien. So erzählten sie wenigstens. Aber sie hatten Pech. Zwei von den dreien konnten sofort einwandfrei als Blutordensinhaber bzw. Träger des Goldenen Parteiabzeichens identifiziert werden, und keiner von ihnen hatte je etwas mit Technik, Chemie oder Ingenieurwesen zu schaffen. Sie hatten sich eine Empfehlung des zuständigen britischen Offiziers zu erschleichen verstanden, und wenn sie nicht erkannt werden wären, bevölkerten sie heute mit ihrer Sippe eine kleine Flucht von Hotelzimmern, die Reisenden nicht einmal mal für eine Nacht verfügbar sind.

Wenn Leute dieses Schlages sich heute als Techniker, Chemiker oder Ingenieure ausgeben, sollte ein erfahrener Praktiker sie sogleich auf Herz und Nieren prüfen. Scharlatane würden so schnellstens entlarvt. Eine selbstverständliche interzonale Solidarität könnte die Anschwemmung solchen unerwünschten politischen Strandgutes gegenseitig unmöglich machen und dessen einzig zweckmäßige Verwendung beim Wiederaufbau veranlassen. H.U.
(b/B34/1312/1/hs)

Verantwortlich: Fritz S a n g e r , Hannover